

**Auszug aus der Niederschrift
der 39. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
vom 05.03.2020**

Öffentliche Sitzung

5	Nutzungs- und Strukturkonzept für den Peter-Plümpe-Platz als Grundlage für die Aufgabenstellung des städtebaulichen Planungswettbewerbs	20 /2020
----------	--	-----------------

Verhandlungsverlauf

Herr Dr. Pichler befindet sich während dieses Tagesordnungspunktes im Zuhörerbereich. Er nimmt an der Beratung nicht teil.

Herr Holla hebt hervor, dass den heute zu beratenden Nutzungs- und Strukturkonzepten ein langer Beteiligungsweg vorausgehe. Die zum Jahreswechsel fachlich beratenen Konzepte seien in der zweiten Bürgerkonferenz vorgestellt worden. Dort seien zahlreiche Hinweise zum Wochenmarkt, zur Pilgerankunft und einer möglichen Bebauung gekommen, auch habe man ein Stimmungsbild abgefragt. Im Ergebnis habe die Variante 3, also die Nord-Südteilung mit Pilgerankunft den meisten Zuspruch erhalten. Unter Hinzunahme der Varianten 2 und 4, die ebenfalls von einer Teilung des Platzes ausgehen, könne gesagt werden, dass die Mehrheit der beteiligten Bürgerschaft eine Teilung befürworten. Die Verwaltung spreche sich ebenfalls für eine Teilung des Peter-Plümpe-Platzes aus.

Im Nachgang zur Bürgerkonferenz und zur Beratung im Gestaltungsbeirat habe am 14.02.2020 ein Termin mit Frau Dr. Lelong und Herrn Prof. Pesch stattgefunden, bei dem die Entwürfe fachlich überarbeitet worden seien (s. Anlage). Der Fokus habe dabei auf Variante 4 gelegen. Aus Sicht des Gestaltungsbeirats sei das Quergebäude notwendig, da nur so der neu entstehende Bereich mit Aufenthaltsqualität richtig erlebbar werde. Der Platz erhalte eine eigene Dimension und werde so auch als Platz wahrgenommen. Herr Prof. Pesch habe dazu auch die maximale (600 m² Grundfläche) und minimale Bebauung (300 m² Grundfläche) aufgezeigt. Neben der Kubatur eines möglichen Baukörpers seien die Vorplätze vor dem Alten Rathaus sowie auch vor dem Rathaus neu dimensioniert worden. Der Bereich vor dem Rathaus soll insbesondere eine attraktive Eingangssituation schaffen und gleichzeitig eine Verbindung vom Rathaus zur Marktstraße. Der neu entstehende Platz mit der Hauptfunktion ‚Parken‘ sowie der nördliche Aufenthaltsplatz werden dadurch miteinander verbunden. Der Vorplatz vor dem Alten Rathaus zeigt die maximal sinnvollen Ausmaße. Neben der fachlichen Beratung durch den Gestaltungsbeirat sowie dem Termin mit Frau Dr. Lelong und Herrn Prof. Pesch komme die Verwaltung zu dem Ergebnis, folgende Vorgaben zu einem möglichen Gebäude zu formulieren: Grundfläche von 300 m² bis 600 m², 3 Geschosse plus Tiefgarage zur Deckung des durch das Gebäude hervorgerufenen Stellplatzbedarfs, im Erdgeschoss Gastronomie und in den Obergeschossen Wohn- und Büronutzung.

In Bezug auf das Gebäude haben zwischenzeitlich Gespräche mit einem regionalen Investor und einem Systemgastronomen stattgefunden. Der Investor könne sich eine Bebauung in der genannten Art und Weise sehr gut vorstellen und habe sie als hochattraktiv bezeichnet. Als Ergebnis des Gesprächs bleibe festzuhalten: 300 m² - 600 m² wären gut realisierbar, wenn zum Erdgeschoss mit Gastronomie mindestens 2 oder 2,5 Geschosse zum ‚Wohnen‘ hinzukämen, eine Tiefgarage wäre unproblematisch. Dies seien insgesamt typische Anforderungen an innerstädtische Gebäude.

Das Gespräch mit einem Systemgastronomen habe ergeben, dass mindestens 300 m² im Erdgeschoss erforderlich seien. Für den Außenbereich wären mindestens 140 m² einzuplanen. Als Zielgruppe werde der Personenkreis der Volljährigen betrachtet. Es bestehe großes Interesse am Standort Kevelaer. Geplant würde mit langfristigen Mietverträgen von mindestens 10 Jahren. Auch öffentliche Toiletten seien machbar.

Die Verwaltung, so Herr Holla abschließend, empfehle den städtebaulichen Realisierungswettbewerb, der im November bereits beschlossen worden sei, durch einen architektonischen Ideenteil für die Errichtung eines Gebäudes als Querbauung zu erweitern. Damit folge man dem Vorschlag von Herrn Prof. Pesch. Den ausformulierten Vorschlag habe man beim Themenblock ‚Bauung‘ unter dem Stichwort ‚Querbauung‘ in die Beschlussempfehlung eingearbeitet. Dort stehe bislang als Beschlussempfehlung der Verwaltung, dass diese abhängig von den Ergebnissen der weiteren Überprüfung sei.

Herr Itrich fragt zu der von Herrn Gerats unter Tagesordnungspunkt 2 angesprochenen Förderfähigkeit von Parkplätzen, ob es zutreffend sei, dass die Fördersumme umso höher ausfalle je weniger Parkplätze der Peter-Plümpe-Platz nachher aufweise. Er habe den Eindruck, dass weder dem Ausschuss noch dem Rat seinerzeit bewusst gewesen sei, dass Variante 1, respektive das, was 2015 beschlossen worden sei, nicht förderfähig sei.

Herr Heckens bestätigt, dass nach den aktuellen Förderrichtlinien von 2008 die Förderung von öffentlichen Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgaragen nicht möglich sei. Wenn also keine Stellplätze auf dem Peter-Plümpe-Platz realisiert werden würden, könnte die gesamte, anderweitig freiraumplanerisch umgestaltete Fläche gefördert werden. Je mehr Stellflächen geschaffen werden, desto höher werde der Eigenanteil für die Stadt Kevelaer ausfallen. Sollte man die Stellplätze als solche belassen, stelle sich aber die Frage, ob das im Handlungskonzept formulierte Ziel erreichbar sei. Letztendlich könne die Förderfähigkeit auch vollständig entfallen.

Bei Aufstellung des Handlungskonzeptes sei auch die Verwaltung nicht auf diesen Punkt hingewiesen worden. Die Erkenntnis habe sich erst aus späteren Gesprächen mit der Bezirksregierung ergeben. Man habe 2015 zwei Anträge gestellt. Zum einen den Grundförderantrag für alle Maßnahmen und einen Förderantrag für das Stadtentwicklungsprogramm 2016. Zum letztgenannten Antrag habe man einen Bewilligungsbescheid bekommen und es habe dazu Verhandlungen mit der Bezirksregierung gegeben. Zum Grundförderantrag habe es üblicherweise weder eine Bewilligung noch eine Äußerung der Bezirksregierung gegeben. Zu Maßnahmen, die bisher noch nicht konkret beantragt worden seien, liege somit noch keine Reaktion der Bezirksregierung vor. Erst 2016 habe man Kenntnis darüber erhalten, dass Stellplätze nicht förderfähig seien.

Herr Itrich möchte wissen, wie die Beschlussfassung erfolgen solle.

Herr Kamps stellt fest, dass er über jeden einzelnen Punkt abstimmen lassen wolle. Insofern erübrige sich ein Gesamtbeschluss, da danach feststehe, welchen Bestandteilen man zustimme und welche man ablehne.

Herr Itrich legt dar, dass man sich bereits seit vielen Jahren mit dem Peter-Plümpe-Platz beschäftige und es immer Gründe gegeben habe, warum man nicht weitergekommen sei. Es gebe in der Innenstadt viele einzelne Elemente, die für das Leben in der Stadt wichtig, jedoch zeitlich nicht immer unter einen Hut zu bringen seien. Entwicklungen an anderer Stelle hätten auch immer Auswirkungen auf den Peter-Plümpe-Platz. Jetzt habe man eine umfangreiche Bürgerbeteiligung durchgeführt, deren Ergebnisse ein Planungsbüro zu einer Entscheidungsgrundlage zusammengeführt habe. Kritisiert werde von Bürgern und Gestaltungsbeirat, dass eine fachliche Einordnung fehle. Prof. Pesch, Vorsitzender des Gestaltungsbeirats, habe dann eine fachliche Einordnung vorgenommen. Die daraus resultierende Strukturvariante sei das Ergebnis eines Gespräches zwischen Prof. Pesch, dem Planungsbüro sowie der Verwaltung. Der Gestaltungsbeirat als solcher sei bei dieser Entscheidungsfindung nicht eingebunden und habe demgemäß auch keine Stellungnahme dazu abgegeben. Herr Prof. Pesch sei zwar Vorsitzender des Gestaltungsbeirats, aber eben auch nur eines der Mitglieder.

In der Abschlussveranstaltung zur Bürgerbeteiligung haben die Teilnehmenden ihr Votum zu den Varianten abgeben können. Die zahlreich anwesenden Politiker haben sich ebenfalls beteiligt, so dass das präsentierte Ergebnis nicht unbedingt das Meinungsbild der Bevölkerung wiedergebe.

Man werde darüber diskutieren müssen, dass in einem erheblichen Umfang Stellplätze wegfallen sollen. In der zuletzt vorgestellten, von Herrn Prof. Pesch entwickelten und seitens der Verwaltung mit einiger Vehemenz vorgetragenen Variante verbleiben laut der Planunterlagen nur noch 40 bis 50 Stellplätze. In den Diskussionen sei davon die Rede gewesen, diese Zahl auf bis zu 100 Stellplätze ausweiten zu können. Hieran fehle ihm aber der Glaube, da eine gewisse Intention hinter der Planung zu vermuten sei. Anderenfalls müsse man schon alleine deswegen an der Konzeption zweifeln. Entfallene Stellplätze, für die Einzelhändler und Gastronomen in der Vergangenheit entsprechende Ablösesummen entrichtet haben, würden der Innenstadt nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Standortfrage sei gleichzeitig eine Gerechtigkeitsfrage. Auf der einen Seite nehme man am Antwerpener Platz, auf der Ladestraße und auf dem Peter-Plümpe-Platz Stellplätze weg und auf der anderen Seite stehe die ausreichende Versorgung des großflächigen Einzelhandels mit Parkplätzen im Außenbereich. Auch gelte es dabei die Parkmöglichkeiten für die Anwohner zu beachten.

Die Innenstadt solle für viel Geld saniert und behindertengerecht umgestaltet werden. Es sei ein Widerspruch in sich, wenn Menschen am Europaplatz parken müssen, um in die Innenstadt zu kommen.

Gut sei, den Platz grün zu gestalten, ihn mit Bäumen einzufassen und den Vorplatz des Alten Rathauses ansprechend zu gestalten. Es sei allerdings insgesamt nicht der große Wurf, zu dem der Gestaltungsbeirat dringend geraten und dazu ein nachvollziehbares Konzept mit einem städtebaulichen Mehrwert angemahnt habe. In den Augen der FDP habe diese Planung den städtebaulichen Mehrwert nicht. Man werde daher einzelnen Aspekten zustimmen, in der Gesamtheit überzeuge das Konzept seine Partei aber nicht, so dass man der Umgestaltung unter diesen Vorzeichen nicht zustimmen könne.

Herr Blumenkemper erklärt, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion entsprechend der jeweiligen Überzeugung abstimmen werden. Persönlich könne er einer ganzen Reihe von Punkten in der Auflistung zustimmen. Er habe aber bereits seit Jahren immer wieder erklärt, dass er einer Hochbebauung auf dem Peter-Plümpe-Platz in solch massiver Form nicht zustimmen werde, weil sie mehr störe als von Nutzen sei. Über eine Gastronomie lasse sich sicher reden, es komme jedoch auf die Größenordnung an. Auch der angesprochenen Tiefgarage stehe er ablehnend gegenüber, weil diese für zusätzliche Unruhe sorgen würde. Die erwünschte Aufenthaltsqualität würde durch das Ein- und Ausfahren von Fahrzeugen konterkariert. Wenn man etwas auf dem Platz verändere, müsse es für ihn auch Sinn machen. Dazu gehöre nicht, mit aller Macht einen Geschäftsbereich zu schaffen, der dem widerspreche, was der Platz bieten solle.

Herr Röhr hält es für sinnvoll, nacheinander die einzelnen Punkte entsprechend der von der Verwaltung vorgelegten Struktur zu besprechen. Da die Grünen bekanntermaßen der Variante 5 den Vorzug geben, schlage er vor, zunächst über die Grundstruktur zu reden und darüber abzustimmen. Auch wenn eine andere Variante beschlossen werde, wolle man sich natürlich weiter an den Diskussionen und Abstimmungen beteiligen.

Herr Kamps stellt an dieser Stelle die beiden anwesenden Mitarbeiter der DSK, Frau Hartmann und Herr Kalscheuer vor, die bei Bedarf beratend zur Verfügung stünden, und eröffnet die Beratungen.

Grundstruktur

Nord-Süd-Teilung (Variante 2, 3, 4)

Herr Angenendt bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Variante 5, bei der alle Parkplätze entfallen würden, herausgenommen worden sei. Gerade in Bezug auf den Klimawandel müsse man neue Wege beschreiten und auch an der Mobilitätswende arbeiten. Er

erinnere daran, dass Variante 5 von den Teilnehmenden der Bürgerbeteiligung die zweitmeisten Stimmen erhalten habe und beispielsweise auch Wochenmarkt und Pilgerankunft weiter möglich seien. Dies mache die Variante 5 attraktiver als sie auf den ersten Blick erscheine. Die Grünen beantragen, die Variante 5 in die Abstimmung über die Grundstruktur einzubeziehen.

Herr Ambroz fragt, wie es sich mit der von Herrn Prof. Pesch erarbeiteten Variante verhalte.

Herr Kamps antwortet, dass in dieser sechsten Variante alle Empfehlungen der Verwaltung zusammengefasst seien.

Herr Röhr verweist auf die begleitende Verkehrsuntersuchung, da es auch um Stellplätze gehe. Das Ziel aller Ausschussmitglieder sei die Verschönerung der Innenstadt, sie solle attraktiver werden, um einen Mehrwert für Kevelaer zu erzielen. Zu den Stellplätzen sei gesagt worden, dass der Wegfall durch umliegende Parkplätze kompensiert werden könne, ohne dass sich die Entfernungen wesentlich erhöhen. Die Grünen seien der Meinung, dass die Funktion der Kevelaerer Innenstadt und damit das Überleben des Einzelhandels langfristig nur dadurch gewährleistet werden könne, indem durch die möglichst hohe Reduzierung der Verkehre eine sehr hohe Aufenthaltsqualität geschaffen werde. Dies mögen die Geschäftsleute zum Teil anders sehen, weil möglichst kurze Wege für die Kundschaft gewünscht werde. Beispiele anderer Städte würden jedoch zeigen, dass es auch anders funktionieren könne. Parkplätze verursachen Verkehre zum Parkplatz hin und auch wieder vom Parkplatz weg, selbst über Straßen, die auf das Verkehrsaufkommen nicht ausgerichtet seien.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Wallfahrtsstadt Kevelaer spricht sich bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gegen die Favorisierung von Variante 5 aus.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Der Umgestaltung des Peter-Plümpe-Platzes ist die Grundstruktur der Varianten 2 bis 4 zugrunde zu legen. Das bedeutet eine Teilung des Platzes in einen nördlichen Bereich zur Annastraße als Bürgerplatz mit hoher Aufenthaltsqualität und einen südlichen Bereich zur Marktstraße im Wesentlichen für verkehrliche Nutzungen.

Abstimmungsergebnis

13 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)

Verkehrsführung

Busmannstraße

Herr Ambroz gibt an, von Geschäftsleuten auf diesen Punkt angesprochen worden zu sein. Im Kreuzungsbereich Busmannstraße / Annastraße / Johannesstraße könne der Kfz-Verkehr derzeit in zwei Richtungen, nämlich über die Annastraße und über die Busmannstraße abfließen. Wenn nun die Durchfahrt über die Busmannstraße in Richtung Marktstraße verboten würde, müsste der aus drei Richtungen kommende Verkehr in Gänze über die Annastraße in Richtung Venloer Straße geführt werden. Diese Lösung sehe er persönlich als problematisch an und frage die Verwaltung, welche Vorteile durch diese Änderung erwartet werden und ob das Durchfahrtsverbot problemlos aufgehoben werden könnte, wenn sich im Nachhinein herausstelle, dass es keinen Sinn mache. Dazu sei bei der Umgestaltung des Peter-Plümpe-Platzes ab ‚Mutter und Kind‘ bis zum Alten Rathaus eine entsprechende Verkehrsführung einzuplanen.

Frau Ueltgesforth erläutert, dass man sich grundsätzlich von dem Durchfahrtsverbot der Busmannstraße verspreche, dass über dieses Teilstück kein überflüssiger Verkehr mehr geführt werde. Dadurch, dass vom Peter-Plümpe-Platz künftig keine Fahrzeuge mehr auf die Annastraße

ße geführt würden, entfalle die Möglichkeit, diese als Abkürzung zu nutzen, so dass sich die Verkehrszahlen mit Sicherheit drastisch reduzieren. Einer der Hauptgründe, dort den normalen Pkw-Verkehr nicht mehr durchzuführen, sei der vorgesehene Platz vor dem Alten Rathaus. Der Verkehr müsste ansonsten um diesen Platzbereich herumgeführt werden. Für Liefer- und Rettungsfahrzeuge werde es selbstverständlich Möglichkeiten geben. Da dann keine Autos mehr vor den Geschäften parken und die Straße entlangführen, erhoffe man sich einen Mehrwert für die Besucher und Geschäftsleute wie in den anderen Fußgängerbereichen.

Herr Ambroz entgegnet, dass nur die Hauptstraße vom Roermonder Platz bis zur Basilika Fußgängerbereich sei, die Busmannstraße hingegen sei grundsätzlich befahrbar, außer während der Pilgerzeit, in der die Durchfahrt eingeschränkt werde. Er sehe keine Probleme, die Verkehre auf der Busmannstraße weiterhin zuzulassen.

Herr Röhr gibt zu bedenken, dass man vor dem Alten Rathaus einen verkehrsfreien Platz haben wolle. Daraus ergebe sich für ihn zwangsläufig eine Abbindung dieses Teilstückes.

Herr Maaßen teilt mit, dass auch die Mitglieder der CDU so entscheiden würden, wie sie es jeweils für richtig hielten. Man sei allerdings mehrheitlich für ein Durchfahrtsverbot der Busmannstraße. Da Ausnahmen für Liefer- und Rettungsfahrzeuge bestehen sollen, sei Herrn Ambroz Frage, inwieweit die Regelung später wieder rückgängig gemacht werden könne, sehr berechtigt.

Herr Heckens legt dar, dass Versorgungsfahrzeuge, wie die Müllabfuhr, durch den Bereich fahren müssen, so dass der Untergrund diesen Anforderungen zu genügen habe. Daraus könne gefolgert werden, dass eine Öffnung für den sonstigen Verkehr künftig grundsätzlich machbar sei. Ob der Vorplatz dann noch Sinn mache, stehe auf einem anderen Blatt. Zudem müsse bedacht werden, dass eine derartige Veränderung unter Umständen die Rückzahlung von Fördermitteln zur Folge haben könne.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Durchfahrtsverbot ab der Annastraße mit der Ausnahme für Liefer- und Rettungsfahrzeuge

Abstimmungsergebnis

15 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

Annastraße

Herr Röhr erinnert an die Informationen des Verkehrsgutachters, der für die Annastraße als verkehrsberuhigter Bereich keine so starke Verkehrsreduzierung ausgemacht habe, auch wenn man die Parkplätze dort wegnehme. Er befürchte, dass dies nicht ausreiche. Diese Verbindung zwischen Hauptstraße und Busmannstraße solle seiner Meinung nach möglichst fußläufig sein, zumindest aber kein höheres Verkehrsaufkommen aufweisen als dies derzeit auf der Busmannstraße der Fall sei. Möglicherweise könne auch eine zeitweise Sperrung mittels versenkbarer Poller eine Lösung sein.

Herr Heckens merkt an, dass zurzeit primär die Gestaltungsvorgaben, wie die Beschaffenheit der Fläche, für den anstehenden städtebaulichen Wettbewerb im Vordergrund stünden und keine verkehrsregelnden Vorgaben gemacht werden sollen. Ob und wie die Verkehre darüber geführt werden, werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Herr Ambroz stellt fest, dass hier unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderträfen. Auf der einen Seite stehe der Gedanke, die Annastraße vom Verkehr zu befreien. Demgegenüber werde die Annastraße als eine durch den Stadtkern führende Hauptschlagader gesehen. Er sei dagegen, den Verkehr aus der Innenstadt zu verbannen.

Erklärend fügt Herr Ambroz an, dass in der Vorlage von verkehrsberuhigten Bereichen gesprochen werde. ‚Verkehrsberuhigter Bereich‘ sei ein rechtlich feststehender Begriff, kenntlich gemacht durch Zeichen 325 der Straßenverkehrsordnung. In der Beschlussempfehlung hingegen werde lediglich der Begriff ‚Verkehrsberuhigung‘ verwendet. Unter Verkehrsberuhigung könne man sich zum Beispiel eine Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 20 km/h vorstellen, wie es auf dem Cyriakusplatz in Weeze sehr gut umgesetzt werde. Dadurch fließe der Verkehr und werde gleichzeitig beruhigt. Mit einer Verkehrsberuhigung könne die CDU gut leben, wolle sich jedoch nicht auf einen verkehrsberuhigten Bereich festlegen.

Herr Holla fügt hinzu, dass der Ausschuss über Verkehrsschilder nicht beschließen könne, da zuvor immer erst ein straßenverkehrsrechtliches Verfahren durchzuführen sei. Den Begriff der Verkehrsberuhigung habe man gerade deswegen gewählt, weil noch nicht feststehe, wie die Verkehre zu regeln sein werden. Manches hänge auch von den letztendlichen Gestaltungsideen der Planer aus dem Wettbewerb ab.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Verkehrsberuhigung mit bestehender Einbahnstraßenregelung zugunsten des Radverkehrs

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Marktstraße

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Verkehrsberuhigung mit bestehendem Zweirichtungsverkehr; Berücksichtigung einer funktionellen und attraktiven Anbindung des Karl Dingermann Platzes (Bushaltestelle)

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Straße hinter dem Rathaus

Herr Maaßen schlägt vor, dass man den gestaltenden Planern dadurch mehr Freiraum geben könne, indem der Bereich der Grünfläche zwischen Rathaus und Annastraße in die Überlegungen bezüglich der Pilgerankunft einbezogen würde.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Verkehrsberuhigung mit bestehender Einbahnstraßenregelung

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Ruhender Verkehr

Marktstraße

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Entfall der Parkplätze

Abstimmungsergebnis

17 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Annastraße zwischen Hauptstraße und Busmannstraße

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Entfall der Parkplätze

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Straße hinter dem Rathaus

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Erhalt der Parkplätze als Sonderstellplätze (Behindertenstellplätze, E-Fahrzeuge, Dienstfahrzeuge, Polizei, Anwohner)

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Tiefgarage für den öffentlichen Bedarf

Herr Röhr ist sich bewusst, dass die Mehrheit dagegen sei, wolle jedoch erneut die Argumente für die Ideallösung aus Sicht der Grünen auflisten. Auf der einen Seite würde man eine hohe Aufenthaltsqualität auf dem Platz erreichen, auf der anderen Seite könnten die vor allem vom Einzelhandel geforderten Stellplätze unter dem Platz geschaffen werden. Gutachterlich sei festgestellt worden, dass eine Tiefgarage in Form einer großen Wanne durch den hohen Grundwasserstand hochgedrückt würde. Zur Vermeidung müsse entsprechend viel Beton verbaut werden oder eine aufwändige Gründung erfolgen. Beides hätte Auswirkungen auf die Kosten. Eine weitere Möglichkeit wären Gebäude auf dem Platz, um die Tiefgarage zu beschweren. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt derzeit relativ preisgünstig Kredite erhalten könnte, spreche seine Fraktion sich für eine Kalkulation der Kosten für eine Tiefgarage aus.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Keine Berücksichtigung einer öffentlichen Tiefgarage als Ersatz für bestehende oberirdische Stellplätze

Abstimmungsergebnis

11 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

Einfahrt Tiefgarage Sparkasse

Frau Raimondi möchte wissen, wie viele Stellplätze die Tiefgarage habe.

Herr Holla erläutert, dass die Tiefgarage zweigeteilt sei. Er schätze, dass im vorderen Teil, in dem sowohl städtische als auch polizeiliche Dienstfahrzeuge abgestellt werden können, 15 Stellplätze vorgehalten werden. Der andere Teil werde von der Sparkasse genutzt und sei nicht zugänglich.

Herr Knechten fügt an, dass dort 8 Stellplätze untergebracht seien.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Einbindung einer Einfahrt zur bestehenden Tiefgarage unter dem Sparkassengebäude, ggf. andere Anordnung

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Fahrradstellplätze

Herr Maaßen hat den Eindruck, es werde allgemein so gesehen, dass nicht ein zentraler Fahrradabstellplatz vorgesehen werden solle, sondern mehrere Abstellplätze an verschiedenen Standorten, um hier ein gewisses Maß an Flexibilität zu erreichen.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Berücksichtigung von attraktiven und sicheren Fahrradstellplätzen

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Herr Maaßen beantragt an dieser Stelle für die CDU die Festlegung einer Mindestzahl von 100 Kfz-Stellplätzen auf dem Peter-Plümpe-Platz. Vorhin sei von einer Reduzierung auf 50 Stellplätze mit einer gewissen Variabilität die Rede gewesen. Seiner Fraktion sei es wichtig, die Anzahl für den Wettbewerb auf mindestens 100 festzusetzen, wobei diese Zahl auch nur ungefähr der Hälfte der zurzeit zur Verfügung stehenden Stellplätzen entspreche.

Herr Heckens veranschaulicht, dass es im südlichen Teil des Peter-Plümpe-Platzes derzeit 84 Stellplätze gebe. Man habe hausintern untersucht, welche Anzahl als Vorgabe für den Wettbewerb sinnvoll sei. Die Verwaltung empfehle eine Gesamtzahl von 80 Stellplätzen.

Herr Röhr macht deutlich, dass die Grünen nach wie vor der Meinung seien, so wenig Parkplätze wie möglich zugunsten von Multifunktions- oder Parkflächen oder Ähnlichem anzulegen.

Herr Itrich begrüßt grundsätzlich den Antrag der CDU, da man mit 100 Stellplätzen eine bessere Größenordnung hätte als die vorhin genannten 40 - 50 Stellplätze. Problematisch sei für ihn, dass zur Festlegung einer konkreten Anzahl die fachliche Expertise fehle. Hier sei die Empfehlung eines Verkehrsplaners erforderlich.

Herr Kamps entgegnet, das Fachbüro habe bereits festgehalten, dass die Fahrzeuge auf die umliegenden Parkplätze verteilt werden könnten.

Herr Maaßen verdeutlicht, dass die Gestaltungsvorgabe 100 Stellplätze lauten solle. Wenn es im Ergebnis dann 95 werden, sei das auch in Ordnung.

Herr Holla macht den Vorschlag, in die Wettbewerbsunterlagen einen Gestaltungsspielraum von 80 bis 100 Stellplätze aufzunehmen.

Herr Kalscheuer bittet zu erwägen, dass man derzeit dabei sei Beschlussempfehlungen und Grundlagen für die eigentliche Erstellung der Auslobungsunterlagen für den Wettbewerb zu sammeln. Er werbe dafür, gerade die Anzahl der Stellplätze noch nicht festzuzurren. Er könne heute Größenordnungen mitnehmen, die bei der Erstellung der Unterlagen Berücksichtigung finden werden.

Herr Maaßen stellt klar, dass die geforderten 100 Stellplätzen im Hinterkopf der Planer bleiben sollten, auch wenn dazu eine Entscheidung heute noch nicht getroffen werde.

Herr Röhr ergänzt, dass man sich bei Beibehaltung aller Parkplätze, so wie er die FDP verstehe, im Grunde über Variante 1 unterhalte und kein Spielraum für die Umgestaltung des Platzes übrigbleibe. Er plädiere dafür, die Stellplatzanzahl zum jetzigen Zeitpunkt nicht festzulegen.

Pilgerankunft

Pilgerankunft

Herr Maaßen mutmaßt, dass die Pilgerankunft mittelfristig wieder zur Disposition stehen werde. Man wünsche sich, dass der Bereich so flexibel und einfach wie möglich, zum Beispiel mit Piktogrammen, gestaltet werde. Gegebenenfalls könne alles schnell zurückgebaut werden. So solle auch zunächst auf eine Überdachung und den Bau einer Toilettenanlage verzichtet werden. Stattdessen könne der Arkadengang am Rathausanbau zum vorübergehenden Unterstellen nutzbar gemacht und möglicherweise die vorhandene Toilettenanlage ergänzt werden. Die CDU sehe die Pilgerankunft mittelfristig an anderer Stelle.

Herr Blumenkemper schließt sich Herrn Maaßens Ausführungen an und schlägt ergänzend vor, die Busse auf dem Europa-Platz zu parken. Mit den heute zur Verfügung stehenden Kommunikationsmöglichkeiten könne jeder Bus kurzfristig wieder zum Abholen der Pilgergruppen zum Peter-Plümpe-Platz beordert werden. Damit könne das leidige Thema der auf dem Peter-Plümpe-Platz abgestellten Busse beendet werden.

Herr Röhr glaubt, es bestehe Einigkeit darin, dass es verkehrsgünstig sei, die Pilgerbusse durch den Innenstadtbereich zu führen, um die Pilgernden in Hauptstraßennähe aussteigen lassen zu können. Langfristig wäre eine Lösung gut, bei der die Busse nicht über den Roermonder Platz fahren müssen. Derzeit zeichne sich eine solche Lösung nicht ab, so dass man schweren Herzens der Einrichtung von längs der Marktstraße angeordneten Haltestreifen zustimmen müsse. Da der Platz keine Aufkantungen, sondern möglichst eine ebene Fläche erhalten soll, dürfte ein späterer Rückbau ohne großen Aufwand möglich sein.

Herr van Aaken verweist darauf, dass Kevelaer Pilgerstadt sei und zur Willkommenskultur gehöre, den Pilgernden eine vernünftige Ankunft und keine Notlösung zu bieten. Dazu gehöre für ihn ein schützendes Dach. Die KBV habe sich von Anfang an für eine ordentliche Ankunftsstätte ausgesprochen und bleibe bei dieser Ansicht.

Herr Itrich hebt hervor, dass Herrn van Aakens Ausführungen auf den gesamten Platz übertragbar seien. Man wolle ein Provisorium beschließen, später nochmal darüber nachdenken und die Pilgerankunft an einen anderen Ort verlagern, den es aber derzeit nicht gebe. Immerhin würde für das Provisorium 6 Millionen Euro ausgegeben. Insofern könne die Umgestaltung des Peter-Plümpe-Platzes in dieser Form nicht als großer Wurf bezeichnet werden. Es sei keine überzeugende Idee, keine überzeugende Konzeption, wie sie der Gestaltungsbeirat eingefordert habe, erkennbar. Nur wenn man von der Idee und vom Mehrwert überzeugt sei, so der Gestaltungsbeirat, solle man die Planung umsetzen, ansonsten eben nicht.

Herr Maaßen stellt heraus, dass es nicht darum gehe, die Willkommenskultur zu schmälern, aber man sehe den Peter-Plümpe-Platz nicht als den besten Ankunftsort. Es gebe bessere Stellen, die aber noch nicht umsetzbar seien, für die jedoch möglicherweise in naher Zukunft eine Lösung gefunden werden könne. Das angedachte Provisorium ohne Hochbauten belasse dem Platz seinen einsehbaren Charakter, könne leicht rückbaubar gestaltet werden und müsse daher nicht teuer sein. Insofern sei auch die Idee zu verstehen, den ehemals von der Deutschen Bank genutzten Bereich des Rathauses alternativ in die Überlegungen einzubeziehen. Die CDU bitte um entsprechende Prüfung.

Frau Raimondi unterstreicht, dass der Europa-Platz ursprünglich als Pilgerankunft und Busparkplatz gebaut worden sei. Dort könne man auch mit einer Überdachung und einer Toilettenanlage eine attraktive Empfangsmöglichkeit schaffen. Den Pilgernden, die nicht gut zu Fuß seien, müsste unter Einbeziehung von E-Mobilität eine alternative Möglichkeit geboten werden, damit sie in die Innenstadt und wieder zurück gelangen.

Herr Kamps schlägt vor, die Beschlussempfehlung zu teilen. Einmal wolle er über die ‚Busankunft als Aufstellstreifen parallel zur Marktstraße‘ und anschließend über den Teil ‚als attraktiver Ankunftsort für anreisende Gruppen, ggf. mit Überdachung und Toilettenanlage‘ abstimmen lassen.

Herr van Aaken spricht sich gegen eine Teilung des Beschlusses aus, da für die KBV eine Überdachung einfach zu einem Busankunftsplatz dazugehöre.

Herr Röhr ist der Meinung, dass man die Klärung dieser Frage dem Wettbewerb überlassen sollte. Dazu sollte die Idee der Nutzung von früheren Räumlichkeiten der Deutschen Bank den Planenden zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kalscheuer stimmt Herrn Röhr aus Sicht des Wettbewerbs zu. Gerade dieses Thema sollte dem Wettbewerb überlassen werden. Eine Vorgabe, wo die Pilgerankunft grundsätzlich organisiert werden soll, sei wichtig, auch wenn damit eine gewisse Vorfestlegung verbunden sei. Die tatsächliche Ausgestaltung ergebe dann der Wettbewerb. Im Ergebnis erhalte man sicherlich unterschiedliche Vorschläge; ob mit oder ohne Überdachung werde man dann sehen. Die Bewertung sei dann Teil der Preisgerichtssitzung.

Herr Maaßen geht davon aus, dass den Planern die Ergebnisse dieser Sitzung zur Kenntnis gegeben werden und so erkennbar wird, in welche Richtung es gehen soll. Vor diesem Hintergrund erkläre er sich mit einer Überlassung dieses Themas an den Wettbewerb einverstanden.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Busankunft als Aufstellstreifen parallel zur Marktstraße als attraktiver Ankunftsort für anreisende Gruppen, ggf. mit Überdachung und Toilettenanlage

Abstimmungsergebnis

16 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

Bebauung

Pavillon Pilgerankunft (Variante 3)

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Keine Berücksichtigung eines Pavillons im Bereich der Busankunft

Abstimmungsergebnis

13 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)

Herr Röhr weist darauf hin, es falle ihm schwer, der Beschlussempfehlung zum ‚Pavillon Außen-gastronomie (Variante 3)‘ zuzustimmen, wenn er nicht wisse, ob eine Mehrheit sich dazu durchrin-ge, im Wettbewerb ein Quergebäude, über das erst später beschlossen werde, zuzulassen.

Herr Kamps macht den Vorschlag, die Entscheidung zum Quergebäude vorzuziehen.

Querbebauung (Variante 4)

Herr Röhr führt an, dass viele Ratsmitglieder gegen eine Querbebauung zur Teilung des Plat-zes seien. Auch hier vertrete er persönlich die Auffassung, den Planenden mehr Freiraum zu-zugestehen. Mit der Festlegung auf ein Gebäude bestimmter Größe oder mit dem Beschluss keine Bebauung zu wollen grenze man die Planenden viel zu sehr ein. Ein Wettbewerb, der Kreativität abfordere, müsse den Teilnehmenden Spielräume gewähren. Er spreche sich aber

gegen Vorgespräche mit möglichen Investoren aus, auch wenn es aus finanzieller Sicht Sinn mache. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit müsse er sagen, dass Gebäude, für die Investoren maßgeblich verantwortlich zeichnen, häufig alles andere als architektonisch einfallsreich werden. Bei einem Gebäude auf dem Peter-Plümpe-Platz dürfe nicht ein Investor verantwortlich sein, sondern ein Architekt oder ein Planungsbüro mit einer tollen Idee. Für ihn müsse die Nutzung auch nicht unbedingt durch Büros oder Wohnungen erfolgen. Im Erdgeschoss mache es durchaus Sinn über eine Gastronomie nachzudenken, um den nördlichen Platzteil zu beleben. Ein architektonisch ansprechendes Gebäude an dieser Stelle würde in Kevelaer einen Punkt setzen, der einen Besuch wert sein könnte. Das erfordere zum einen Mut und zum anderen Geld.

Herr Kamps stellt fest, dass eine mögliche Querbebauung nicht durch die Stadt gebaut werden würde, sondern, wenn überhaupt, von einem Investor. Ein Investor aber werde immer nur dann bauen, wenn sich das Gebäude auch rechnen lasse und nicht aufgrund irgendwelcher kreativen Vorschläge von Architekten.

Herr Maaßen stellt klar, dass eine Querbebauung mit der CDU grundsätzlich nicht möglich sei. Sie hätte auch negative Folgen für die Gesamtförderung, weil eine Bebauung die Platzfläche verringere. In diesem Zusammenhang stelle er die Frage, inwieweit mit den interessierten Investoren, die eine attraktive Gestaltung in Aussicht stellen würden, Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der im Eigentum der Stadt stehenden Gebäude an der Marktstraße geprüft worden seien.

Frau Ueltgesforth gibt zu verstehen, dass mit der Querbebauung ein Gastronomieangebot zur Belebung des nördlichen Teils geschaffen werden solle, so dass eine Entwicklung an der Marktstraße in diesem Zusammenhang nicht einbezogen worden sei.

Herr Röhr befürchtet, dass der nördliche Teil in der vorgesehenen Form ohne eine Gastronomie nicht funktioniere. Dafür sei ein Gebäude, eingeschossig, gläsern oder als Pavillon, zwingend erforderlich.

Herr Holla weist darauf hin, dass die Beschlussempfehlung der Verwaltung diesbezüglich ergänzt worden sei: „Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Wallfahrtsstadt Kevelaer beschließt, für den Planungsprozess zur Umgestaltung des Peter-Plümpe-Platzes einen Planungswettbewerb mit Realisierungsabsicht und architektonischem Ideenteil, sowie nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren durchzuführen.“

Herr Blumenkemper bekräftigt seine ablehnende Haltung zu einer massiven Querbebauung, wobei er sich einer Außengastronomie nicht verschließen wolle. Herr Röhr habe mit seiner Einschätzung recht, dass es eine Alternative geben müsse, wenn man den nördlichen Teil beleben wolle, so dass man über einen Pavillon mit einer gewissen architektonischen Qualität nachdenken könne.

Herr Itrich mahnt, dass eine Querbebauung die Nord-Süd-Trennung statuieren würde. Dieser Raum würde dann den zukünftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen. Er appelliere daher an die Mitglieder des Ausschusses, auch daran zu denken. Wenn man nicht einhundertprozentig davon überzeugt sei, dass eine Querbebauung an dieser Stelle richtig ist, müsse man sie kategorisch ausschließen, so wie es Herr Blumenkemper mache und wie es Herr Maaßen für die CDU-Fraktion angekündigt habe.

Herr Röhr glaubt, dass man einer Störung der Sichtachsen architektonisch entgegenwirken könne. Für ihn sei es sinnvoll, einen Platz zu begrenzen, vor allem als Abgrenzung zu einem Parkplatz. Davon hänge auch die Qualität des nördlichen Teils ab.

Herr van Aaken vertraut auf die Kreativität der Wettbewerbsteilnehmer. Die KBV glaube, dass dort ein Hingucker entstehen könne. Da man am Schluss ohnehin erst über die Ideen entschei-

de, würde er den Wettbewerb nicht einschränken wollen. Möglicherweise erhalte man ein Ergebnis, das alle überzeuge und der Stadt ein Highlight beschere.

Herr Kalscheuer erklärt, dass die von Herrn Holla vorgelesene ergänzende Beschlussempfehlung auch für ihn neu sei. Man habe im Vorfeld einmal kurz darüber gesprochen, müsse die Sache mit dem Ideenteil aber nochmal durchdenken, da es auf das Verfahren eine gewisse Implikation habe. Auf der einen Seite gäbe es den Realisierungsteil, auf der anderen Seite den Ideenteil und man müsse verfahrensmäßig gucken, dass man das sauber trenne, dass es funktioniere und man das Ergebnis bekomme, was man sich von dieser Vorgehensweise erwarte. Möglicherweise setze dann ein Privater den Ideenteil um und die öffentliche Hand kümmere sich um die Platzgestaltung. Hierzu werde man gegebenenfalls noch eine Empfehlung erarbeiten.

Frau Ueltgesforth sagt, dass die Aufnahme eines Ideenwettbewerbs auf dem Gedanken beruhe, die bestmögliche Gebäudegestaltung hinzubekommen. Den Architekten würde die Möglichkeit gegeben, die passende Gebäudedimension für den Platz und damit den Zweck der Teilung, aber auch die Aufenthaltsqualität im nördlichen Bereich zu schaffen und festzulegen. Die Entscheidung zum Gebäude erfolge dann nach dem Wettbewerb, wenn bildliche Darstellungen als fundierte Grundlage vorlägen.

Herr Itrich widerspricht, da der Bürger der Souverän in einer Kommune sei und den Rat legitimiere, verantwortungsvoll über die wesentlichen Entscheidungen einer Kommune Festsetzungen zu treffen. Den Entscheidungsprozess auf Architekten und Investoren zu verlagern sei völlig falsch, weil der Ausschuss die Regeln und die Dimensionen des Wettbewerbs klar selbst festlegen müsse. Hier gebe es für ihn keinen Spielraum.

Herr Bonse hat mit dem architektonischen Ideenteil insofern Probleme, als dass die Verwaltung davon gesprochen habe, ein Investor brauche zur Rentabilität eine 2 - 2,5-geschossige Bauweise. Diese Größenordnung beeinträchtige in jedem Fall die Sichtachsen. Wenn man auf eine eingeschossige Bauweise herunterwolle, um dort Gastronomie einzurichten, bedeute das für ihn, dass dann die Stadt, wenn sie keinen Investor habe, dieses Projekt in Eigenregie errichten müsse. Die Stadt trete dann in Konkurrenz zur heimischen Wirtschaft und zur Gastronomie in Kevelaer. Es bereite ihm ziemliche Bauchschmerzen, wenn man diesen Weg gehen wolle.

Frau Dr. Lelong versichert, dass es Herrn Prof. Pesch nicht darum gehe, dem Rat oder den Bürgerinnen und Bürgern eine Entscheidung wegzunehmen und diese den Architektinnen und Architekten zu überlassen. Wichtig sei aber, Bilder zu kreieren, weil es sehr schwierig sei, ohne einen längeren Entwurfsprozess für diesen sehr schönen aber auch sehr schwierigen Standort ein ideales Gebäude zu finden, das allen Ansprüchen Rechnung trage. Dazu müsse man längerfristig daran arbeiten, um einen Blick für die Situation zu bekommen. Die daraus entstehenden Bilder oder Modelle können dem Ausschuss und Rat dann besser als Entscheidungshilfe dienen.

Frau Möller erläutert, dass immer zwei Seiten zu betrachten seien. Da gebe es die wirtschaftliche Seite, die im Vorfeld abgefragt werden müsse, damit die Realisierung einer Maßnahme gesichert sei, sowie die städtebauliche Seite, um festzustellen, was sinnvoll sei. Der Peter-Plümpe-Platz sei von recht hohen Gebäuden umgeben, so dass sich eine eingeschossige Bauweise weder in dieses Bild einfüge noch zur Größe des Platzes passe.

Herr Röhr reagiert auf Herrn Bonsel's Einwand. Für den Fall, dass die Stadt Bauherr und Eigentümer des Gebäudes wäre, würde die Gastronomie öffentlich ausgeschrieben. Damit seien dann alle örtlich ansässigen Gastronomen gehalten, sich zu bewerben. Dennoch glaube er, dass es richtig wäre, sich zunächst von dem Investor zu lösen, um den Wettbewerbern die Freiheiten hinsichtlich der gestalterischen Möglichkeiten einzuräumen.

Herr van Aaken teilt mit, dass Herr Melzer wegen eines dienstlichen Problems kurzfristig die Sitzung verlassen habe.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Wallfahrtsstadt Kavelaer beschließt, für den Planungsprozess zur Umgestaltung des Peter-Plümpe-Platzes einen Planungswettbewerb mit Realisierungsabsicht und architektonischem Ideenteil, sowie nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren durchzuführen

Abstimmungsergebnis

5 Ja-Stimme(n), 12 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Pavillon Außengastronomie (Variante 3)

Herr Bruns stellt fest, dass es unterschiedliche Vorstellungen zu Pavillons gebe. Er könne nur noch einmal bestätigen, dass die Bereitschaft des Investors an bestimmte Kriterien hinsichtlich der Größenordnung von Gastraum und Außenbereich geknüpft sei.

Frau Raimondi versteht unter einem Pavillon eine bauliche Anlage, die flexibel zu handhaben sei, so dass er auch relativ schnell wieder zurückgebaut werden könne.

Herr Kamps erwidert, dass es durchaus auch fest installierte Pavillons gebe.

Herr Heckens legt dar, dass man an eine fest mit dem Boden verbundene bauliche Anlage gedacht habe. Es sei nicht vorgesehen, den Pavillon beliebig ab- und aufzubauen oder umzusetzen.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Keine Berücksichtigung eines Pavillons im Bereich eines Bürgerplatzes

Abstimmungsergebnis

13 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Markthalle/ Überdachung

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Keine Berücksichtigung einer geschlossenen Markthalle oder einer offenen Überdachung

Abstimmungsergebnis

14 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Bebauung in Rathausverlängerung (Variante 4)

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Keine Berücksichtigung einer Bebauung auf der Grünfläche nördlich des Rathauses

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Sonstiges

Kirmes

Herr Röhr bezweifelt, dass weiterhin der überwiegende Teil der Kirmes auf dem Peter-Plümpe-Platz stattfinden könne. Denkbar wäre es, die Fläche der Marktstraße künftig einzubeziehen.

Herr Holla erläutert, dass nach Umgestaltung des Peter-Plümpe-Platzes auch die Kirmes, möglichst unter Beibehaltung der jetzigen Größe, umgestaltet werden müsse, wobei die Art und Weise noch nicht feststehe. Geprüft werde in dem Zusammenhang sicher dann, inwieweit die jetzige Marktstraße einbezogen werden könne. Dabei sei zu berücksichtigen, dass in jedem Fall ein Rettungsweg frei bleiben müsse.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Berücksichtigung der notwendigen Aufstellflächen für Festzelt und Großfahrgeschäfte gemäß Größenangaben der Verwaltung auf Basis der bisherigen Bestückung des Kirmesmarktes

Abstimmungsergebnis

14 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

Grünfläche nördlich des Rathauses

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Aufwertung der Grünanlage nördlich des Rathauses zu einer höheren Aufenthaltsqualität

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Vorplatz altes Rathaus

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Attraktive Gestaltung eines ausreichend dimensionierten Vorplatzes vor dem alten Rathaus bis zum Beginn des verkehrsberuhigten Bereichs der Busmannstraße unter Berücksichtigung der Ausfahrtsmöglichkeit von Rettungs- und Versorgungsfahrzeugen

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Vorplatz neues Rathaus

Herrn Maaßen erscheint die Größenordnung etwas überdimensioniert und würde statt eines echten Vorplatzes lieber einen attraktiven Zugangsbereich sehen.

Herr Kamps schlägt vor, die Beschlussempfehlung abzuändern und das Wort ‚Vorplatzes‘ durch ‚Zugangsbereiches‘ zu ersetzen

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Attraktive Gestaltung eines ausreichend dimensionierten Vorplatzes vor dem neuen Rathaus

Abstimmungsergebnis

Einstimmig, wie von Herrn Kamps vorgeschlagen

Bereich zwischen Rathaus und Roermonder Platz

Herr Ambroz gibt zu bedenken, dass die zugunsten der vorhandenen Grünbepflanzung angeordnete Baumreihe nicht an gleicher Stelle gepflanzt, sondern verlagert werden sollte. Mit dieser Maßnahme könnte die befahrbare Fläche mittig angeordnet werden und es entstünden vor den sich gegenüberliegenden Häuserreihen etwa gleich breite Bereiche, beispielsweise für Außen-gastronomie.

Herrn Itrich ist es wichtig, dass diese Verbindung zwischen dem Peter-Plümpe-Platz und dem Beginn der Hauptstraße, auf den auch die Kirche viel Wert lege, vor allem den Pilgergruppen ausreichend Platz biete und nicht nur der Gastronomie.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Attraktive Gestaltung des Bereichs nördlich der Verkehrsfläche unter Ersatz der vorhandenen Grünbepflanzung zugunsten einer Baumreihe

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Thema Wasser

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Integration eines Wasserspiels auf der Platzfläche vor der Annastraße, ggf. mit thematischem Bezug auf den Solegarten St. Jakob

Abstimmungsergebnis

Einstimmig

Herr Maaßen ergänzt die Anregung, den Eingangsbereich zum Mechelner Platz attraktiver zu gestalten und in die Planungen einzubeziehen, da viel Geld in die Neugestaltung geflossen sei.

Beschluss

s. Einzelelemente